

Beschluss Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung durchsetzen - Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Das Recht auf einen selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch ist in Deutschland
2 nicht
3 gegeben, da dieser nach wie vor im Strafrecht verankert ist. Dies führt dazu, dass
4 Schwangerschaftsabbrüche nicht als Bestandteil der Gesundheitsversorgung
5 verstanden werden
6 und trägt zu einer Stigmatisierung von ungewollt Schwangeren bei. Dabei greift der
7 Staat
8 massiv in die körperliche Autonomie und Selbstbestimmung ungewollt Schwangerer
9 ein. Ebenso
10 gibt es keine flächendeckende, wohnortnahe Versorgung mit Praxen, die
11 Schwangerschaftsabbrüche durchführen.
- 12 Wir als Bündnisgrüne haben unsere Wurzeln in der Frauenbewegung und uns in
13 verschiedenen
14 Beschlüssen für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und schwangeren Personen
15 über ihren
16 eigenen Körper eingesetzt. Die Bundesregierung hat den Paragraphen 219a StGB bereits
17 abgeschafft. Gemäß dem Motto der Koalition "Mehr Fortschritt wagen" darf es dabei
18 nicht
19 bleiben. Wir müssen das Recht auf Gesundheitsversorgung, inklusive einer
20 umfassenden
21 Versorgung für ungewollt Schwangere, sicherstellen!
- 22 Wir fordern eine neue gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb
23 des
24 Strafgesetzbuches als Ersatz für § 218 StGB. Damit einhergehend fordern wir, aus der
25 Verpflichtung zur Beratung ein Recht auf Beratung zu machen und die dreitägige
26 Wartepflicht
27 abzuschaffen. Wir wollen den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen für ungewollt
28 Schwangere
29 erleichtern, die Infrastruktur für freiwillige Beratung dauerhaft absichern und
30 Schwangerschaftsabbrüche als Teil der Gesundheitsversorgung verankern.
- 31 Mit dieser Zielsetzung fordern wir, dass die im Koalitionsvertrag festgeschriebene
32 Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung, die Regelungen zum
33 Schwangerschaftsabbruch
34 außerhalb des Strafgesetzbuches erarbeiten soll, umgehend beginnt. Wir fordern, dass
35 sich in
36 der Kommission die Expertise und die Erfahrungen einer großen Bandbreite von
37 Expert*innen
38 widerspiegelt und neben Expert*innen aus der Wissenschaft und Politik, Vertreter*innen
39 aus
40 der Praxis und den Bündnissen für sexuelle Selbstbestimmung einbezogen werden.

- 26 Die Verortung im Strafgesetzbuch hat zur Folge, dass ungewollt Schwangere derzeit
selbst für
27 die Kosten des Abbruchs aufkommen müssen, da ein strafrechtlich geregelter Eingriff
nicht
28 von den Krankenkassen übernommen werden kann.
- 29 Es braucht eine gesetzliche Grundlage, damit der selbstbestimmte
Schwangerschaftsabbruch als
30 Teil der regelhaften Gesundheitsversorgung anerkannt und in den regulären
Leistungskatalog
31 der Krankenkassen aufgenommen werden kann.
- 32 Die Methode des Abbruchs muss für jede ungewollt schwangere Person frei wählbar
sein, auch
33 die Nutzung telemedizinischer Angebote sollte ausgeweitet werden. Um dies zu
gewährleisten,
34 müssen die verschiedenen Methoden des Schwangerschaftsabbruchs in der
theoretischen sowie
35 praktischen Ausbildung von Ärzt*innen und medizinischem Personal vermittelt werden.
36 Krankenhäuser unterschiedlicher Träger und gynäkologische Abteilungen müssen die
Möglichkeit
37 der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in ihren Einrichtungen sicherstellen.
Wir
38 sehen die Bundesländer in der Pflicht, eine bedarfsgerechte Versorgung ungewollt
Schwangerer
39 sicherzustellen. Es ist zu prüfen, ob dies beispielsweise über eine genauere Definition
des
40 Versorgungsauftrags der Länder im Schwangerschaftskonfliktgesetz
(Bundeszuständigkeit) oder
41 eine Ergänzung des Versorgungsauftrags für Plankrankenhäuser (Länderzuständigkeit)
umgesetzt
42 werden kann.
- 43 Die flächendeckende Beratungsinfrastruktur für Familienplanungszentren und
44 Schwangerschaftskonfliktberatung muss durch ein Recht auf freiwillige und
ergebnisoffene
45 Beratung sichergestellt werden. Wichtig ist dabei, die ergebnisoffene Beratung durch
nicht-
46 konfessionelle Träger zu stärken.
- 47 Auch der Schutz der Beratungsstellen und Praxen vor sogenannten
Gehsteigbelästigungen von
48 Abtreibungsgegner*innen muss durch wirksame gesetzliche Maßnahmen sichergestellt
werden.